

NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* IV/2019



Abbildung: industrial-union.org

Denken gute Arbeit und Klimaschutz zusammen und gehen dafür auf die Straße: Gewerkschaften

Just Transition

»Ein historischer Auftrag für Gewerkschaften«

Was der sozial-ökologische Umbau für die Gewerkschaften bedeutet: Sie müssten darauf achten, dass keine Verlierer produziert werden, erklärt Hans-Jürgen Urban von der IG-Metall. Dem Markt könne die Transformation nicht überlassen werden, argumentiert Jan Paprotny vom DGB.

Die Präambel des Pariser Klimaabkommens ist ein riesiger Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung: Denn dort ist das Prinzip »Just Transition« verankert. Erstmals haben damit die Interessen der Beschäftigten im globalen Norden und Süden einen festen Platz in der Klimadebatte.

Just Transition bedeutet »gerechter Übergang« bei den grundlegenden Veränderungen, die der Klimawandel in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik erzwingt. Im Blick dabei: der Klimaschutz selbst, die unter dem Klimawandel Leidenden und der Schutz jener, die vom Umbau direkt betroffen sind, weil etwa ihr bisheriger Job wegfällt.

Nach der Verankerung des Prinzips im Pariser Klimaschutzabkommen im Jahr 2015 wurde beim Klimagipfel in Katowice im Dezember 2018 auf Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) und der gastgebenden polnischen Präsidentschaft die »Solidarity and Just Transition Silesia Declaration« (»Schlesische Erklärung für einen solidarischen und gerechten Übergang«) →

Inhalt

Just Transition

»Ein historischer Auftrag für Gewerkschaften« S. 1f

Der Kommentar: Wir sind stärker, wenn wir uns zusammentun S. 3

Tunesien: »Beim Umbau geht es fast immer um die Arbeitsplätze« S. 4

Peru: Der Klimawandel ist spürbar S. 5

Mexiko: Die Last der schlechten Tradition S. 6

Aus den Projekten

»Frau Merkel, wir brauchen endlich ein Lieferkettengesetz!« S. 7

In Kürze

- Katar beendet Kafala-System
- Indien vorerst gegen Freihandelspakt
- Trippelschritte beim Binding Treaty
- Austausch mit internationalen Partnern
- Filmtipp: Bamboo Stories

→ in die UN-Klimakonferenz eingebracht. 53 Länder sowie die Europäische Kommission haben sie unterzeichnet. »Diese Erklärung bedeutet, dass die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften am Verhandlungstisch sitzen und ihre Stimmen gehört werden, wenn die Klimapolitik entwickelt und umgesetzt wird«, sagt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sieht es als zwingend an, dass Gewerkschaften für Just Transition sorgen. »Die gerechte Transformation ist ein historischer Auftrag der Gewerkschaften«, sagt er. Als Teil der globalen Umweltbewegung sei es die Aufgabe der Gewerkschaften, die Klasseninteressen der Beschäftigten in diesen Prozess einzubringen. »Wir müssen darauf achten, dass die ökologische Transformation keine Verlierer produziert«, warnt er. So müssten soziale Perspektiven geschaffen werden, zum Beispiel wenn Beschäftigte von Arbeitsplatzverlust bedroht seien.

Urban plädiert für globales Denken in mehrfacher Hinsicht: Ein E-Auto sei nur klimagerecht, wenn der Strom für den Betrieb aus regenerativen Energien stammt. Beim Umbau der Branche müsse Mobilität im Sinne der Gesellschaft insgesamt neu gedacht werden. Und die Rohstoffe, die für die Fertigung der Batterien von E-Autos gebraucht werden, dürften nicht durch neue Ausbeutungsverhältnisse etwa im Globalen Süden beschafft werden. »Die übergeordnete

Anforderung ist, den Transformationsprozess auch in seiner globalen Dimension zu einem gerechten Projekt werden zu lassen«, betont Urban, »die Klimafrage kann nur transnational gelöst werden«.

Entscheidend sei die Verankerung einer neuen Wirtschaftsdemokratie. Richte sich der Umbau nach den Regeln von Konkurrenz, privaten Profiten und Marktzwängen, werde er scheitern. »Die so getriebenen Veränderungen werden weder eine sozial noch eine ökologisch nachhaltige Entwicklung bewirken«, erklärt Urban. Märkte und Profitstreben müssten regu-

Richte sich der Umbau nach privaten Profiten, werde er scheitern, meint Urban

liert werden, Gegenkräfte wie die Gewerkschaften Freiräume schaffen für eine wirklich soziale und ökologische Transformation. Sind erste Ziele erreicht, dienen sie als Basis weiterer Schritte. »Das ist nicht nice-to-have, sondern elementar«, bekräftigt er. Und zwar nicht nur in Europa – dieser Ansatz sei universell.

Staaten wie Kanada oder Neuseeland haben Prozesse im Sinne der »Schlesischen Erklärung« eingeleitet. Sie erarbeiten Konzepte für den Übergang fossiler Industrien und beziehen

dabei die Gewerkschaften mit ein. Auch der deutsche Kohlekompromiss vom Frühjahr 2019 ist ein Beispiel für ihre Beteiligung beim Umbau der Wirtschaft. Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat den Ausstieg aus der Kohlekraft in Deutschland bis 2038 beschlossen und Maßnahmen wie den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen vereinbart, um soziale Härten zu verhindern.


Gewerkschafter_innen in anderen Ländern blickten mit Interesse auf die deutsche Kohlekommission, meint Jan Paprotny, der beim DGB für Just Transition zuständig ist. Die Beteiligung von Gewerkschaften sei keineswegs selbstverständlich. In Chile etwa gibt es eine Kommission für einen Kohleausstieg, bei der weder Gewerkschaften noch andere gesellschaftliche Akteur_innen wie Umweltverbände einbezogen sind.

Die erforderliche Transformation sei gewaltig, sagt Paprotny: »Sie umfasst alle Industriebranchen und Dienstleistungsbereiche.« Ein Widerspruch müssten »gute Arbeit und Klimaschutz« aber nicht sein. Durch den Umbau entstünden neue Arbeitsplätze, etwa im Bereich erneuerbare Energien, Gebäudedämmung oder im öffentlichen Personenverkehr. Gleichzeitig würden Investitionen in nachhaltige Produktionsweisen dazu führen, dass Arbeitsplätze erhalten und fit für die Zukunft gemacht werden.

Innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes und des IGB gebe es einen regen Austausch über Just Transition, berichtet Paprotny. Bei den UN-Klimakonferenzen veranstalteten internationale Gewerkschaftsdelegationen eigene Strategietreffen. Klimapolitik im Norden dürfe, so Paprotny weiter, »nicht zu Lasten der Menschen im Globalen Süden« gehen. Das ist derzeit beim Abbau von Steinkohle oder von Seltenen Erden in Ländern des Globalen Südens der Fall. »Auch aus diesem Grund ist die Frage der Lieferkettengerechtigkeit sehr wichtig«, sagt er.

Dabei müsse aber jedes Land seinen eigenen Weg finden. »Es gibt keine Blaupause für alle«, sagt Paprotny – Gemeinsamkeiten aber schon. Arbeitnehmer_innen verfügten auf der ganzen Welt über viel Wissen, etwa darüber, wie Energie effizienter eingesetzt werden kann. Von ihren Erfahrungen könnten alle lernen. Außerdem steige mit ihrer Beteiligung am Prozess auch die Akzeptanz für den Umbau.

Wie Urban ist Paprotny überzeugt: »Der Transformationsprozess muss weltweit von Gewerkschaften und anderen Akteuren aktiv begleitet und darf nicht dem Markt überlassen werden.«

 Autorin: Anja Krüger lebt als Journalistin in Berlin und beschäftigt sich unter anderem mit Gewerkschaftspolitik.



Die nachhaltige Zukunft liegt dort, wo Soziales, Umwelt und Ökonomie tragbar, lebensfähig, fair werden

Wir sind stärker, wenn wir uns zusammentun

Zwei Empfehlungen für Just Transition von Samantha Smith. Sie leitet das internationale Just Transition Centre.

Hitzewellen, Dürren und extreme Wetterereignisse nehmen zu und die Gesellschaft fordert Klimaschutz. Die Einsicht auch in der Arbeiterbewegung wächst: Wenn der Erderhitzung ernsthaft etwas entgegengesetzt werden soll, braucht es einen tiefgreifenden und zugleich raschen wirtschaftlichen und sektoralen Wandel. Diese Transformation ist möglich. Und: Sie kann gerecht sein.

Für alle Sektoren – beispielsweise Energieversorgung, Schwerindustrie, Luftfahrt, Gebäudereich oder Verkehr – gibt es emissionsfreie oder zumindest -arme Technologien und das entsprechende Know how. Entscheidend ist aber: Der Wandel muss die Menschen mitnehmen, er darf niemanden zurücklassen. Die Gewerkschaften wissen, was Menschen in der zunehmend zersplitterten und ungleichen Welt Sicherheit geben kann: menschenwürdige Arbeitsplätze, sozialer Schutz, hochwertige öffentliche Dienstleistungen sowie faire Steuern und Investitionen.

Für all das gibt es einen Begriff: Just Transition. Just Transition verbindet Klimaschutzambitionen im sozialen Dialog von Arbeitnehmenden, ihren Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Unternehmen und Regierungen mit erstzunehmenden Plänen für menschenwürdige Arbeitsplätze, regionale Neuentwicklung und soziale Sicherheit.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und in globalen Klimaverhandlungen für Just Transition gekämpft. Und an allen möglichen Orten zeigen Gewerkschaften: Just Transition funktioniert vor Ort. Wo Gewerkschaften zusammen mit anderen am Tisch sitzen, macht der Klimaschutz Fortschritte – in Kanada, in Deutschland, in den Niederlanden, auch in Neuseeland, Schottland, Spanien. Der Schlüssel, um sicherzustellen, dass neue Jobs auch gute Jobs sind, heißt Mitbestimmung.

Um voran zu kommen haben der Internationale Gewerkschaftsbund und der Europäische Gewerkschaftsbund 2016 das Just Transition Centre ins Leben gerufen. Das Zentrum hilft Gewerkschaften, verbindliche Klimaschutzpläne für ihre Mitglieder zu erarbeiten, ganz praktisch. Etwa wenn es um die Frage geht, wie sich ein sozialer Dialog starten lässt, an dessen Ende Tarifverträge, Gesetze oder Verordnungen stehen.

Bisher stammen die meisten Beispiele für Just Transition aus Ländern und Gewerkschaften

im globalen Norden. Aber jetzt entwickeln Gewerkschaften auch in Argentinien, Barbados, Brasilien, Kolumbien, Indien, Indonesien, den Philippinen oder in Kenia, Nigeria und Südafrika ihre eigenen Konzepte für den gerechten Übergang.

Trotzdem bleibt die Frage: Wie kann die globale Arbeiterbewegung sicherstellen, dass



Mit Demonstrationen wie hier in Weißwasser haben die Gewerkschaften in Deutschland den sogenannten Kohlekompass mit erstritten: Der Strukturwandel in der Region wird mit staatlichen Geldern unterstützt

der Wandel für alle Arbeitnehmenden in jedem Land gerecht wird? Zwei Empfehlungen:

Die erste richtet sich an Gewerkschaften im globalen Norden, in den wohlhabenderen Ländern. Am besten ist es, sich mit jenen Gewerkschaften auszutauschen, die schon Erfahrung mit Just Transition haben, Studienreisen über Grenzen hinweg zu machen und Schulungen zu organisieren. Für sozial gerechte grüne Jobs lassen sich Solidaritäts- aber auch Pensionsfonds nutzen.

Eine zweite Empfehlung lautet, die Mitbestimmung zu sichern, um die multinationalen Unternehmen im globalen Norden für die Umsetzung von Just Transition in ihren Lieferketten in die Pflicht zu nehmen. Die Mitbestimmungsgremien – Betriebsräte, Europäische Betriebsräte, Konzernbetriebsräte, Aufsichtsräte – müssen genutzt werden, um das globale Handeln dieser Unternehmen zu beeinflussen. Der Kampf für menschenwürdige Arbeitsplätze und nachhaltige Beschaffungsstandards in den Unternehmen ist ein guter Ausgangspunkt für Just Transition.

Auch die globalen Gewerkschaftsverbände sind ein wichtiger Treiber für Just Transition über

Grenzen und Sektoren hinweg. Insbesondere Globale Rahmenabkommen (Global Framework Agreements, kurz: GFA) können eine Möglichkeit sein, Just Transition innerhalb der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens voranzutreiben. Es gibt bereits einige Beispiele für gerechte Übergangs- und Klimaschutzklauseln in solchen Agreements, vor allem aus dem Energiesektor. Die besten bekennen sich zur Agenda der ILO für menschenwürdige Arbeit und verpflichten sich sowohl zur Mitbestimmung bei der Planung des Übergangs als auch zur Bin-

dung, Umschulung und Wiedereingliederung von Arbeitnehmenden.

In der Arbeiter_innenbewegung sind wir stärker, wenn wir uns zusammentun. Dank der jahrzehntelangen Bemühungen von Gewerkschafter_innen verfügen wir bereits über globale Rahmenbedingungen, den Wandel gerecht zu gestalten, und ebenso über die dafür notwendigen Instrumente, Beispiele und die internationale Solidarität und Zusammenarbeit.


 Kommentatorin: Samantha Smith ist Rechtsanwältin und Direktorin des Just Transition Centre, einer Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbundes und seiner Partner.



Foto: privat

Das Just Transition Centre legt zunächst Wert auf Peer-to-Peer-Lernen zwischen Gewerkschaften, bietet jedoch auch Fallstudien und Videos an. Durch seine internationalen Netzwerke und Kooperationen kann es Gewerkschaften dabei unterstützen, multinationale Arbeitgeber sowie Regierungen auf verschiedenen Ebenen an den Tisch zu bringen.

Übersetzung: Hanna Gersmann

»Beim Umbau geht es fast immer um die Arbeitsplätze«

Mansour Cherni vom tunesischen Gewerkschaftsverband Union Générale Tunisienne du Travail, UGTT, kümmert sich darum, dass die Beschäftigten aus den fossilen Kraftwerken und der wasserintensiven Landwirtschaft nicht auf der Straße landen. Denn Tunesien will den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von heute 4 Prozent bis 2030 auf 30 Prozent ausbauen.

Nord|Süd news: Was ist für Sie als Gewerkschafter die große Herausforderung der Just Transition? Mansour Cherni: Beim Umbau der Wirtschaft geht es fast immer um die Arbeitsplätze. Wir können nicht zulassen, dass mit dem Ende der alten Art zu wirtschaften Arbeitsplätze abgebaut werden, ohne dass wir die Sicherheit haben, dass danach neue entstehen. Ein Beispiel ist das Kraftwerk in La Goulette nahe der Hauptstadt Tunis. Die Anlage funktionierte mit fossilen Brennstoffen, mit Heizöl. Das Kraftwerk wurde stillgelegt und durch einen Windpark ersetzt. Von den 120 Arbeitern wurden 80, die noch 10 bis 15 Jahre Arbeitsleben vor sich hatten, auf die neue Technologie umgeschult. Die Älteren bekamen die Möglichkeit, in den Vorruhestand zu gehen, ohne Leistungen zu verlieren. Ohne die-

Die UGTT

Gegründet: 1946 – 10 Jahre vor der Unabhängigkeit Tunesiens von Frankreich

Mitglieder: rund 800.000 Mitglieder in einem Land mit 11 Millionen Einwohnern

Geschichte: Auch in den dunklen Jahren der Ben Ali Diktatur wahrte sie weitgehend ihre Unabhängigkeit. Mitte Dezember 2010, als nach der Selbstverbrennung eines fliegenden Händlers Proteste gegen Ben Ali begannen, war die UGTT dabei. Zuerst stellten sich örtliche, später auch regionale Gewerkschaftsführungen hinter die von Jugendlichen getragene Bewegung. Zum Schluss verweigerte selbst der nationale UGTT-Vorstand in Tunis Ben Ali die Gefolgschaft. Ein Generalstreik in der Industriemetropole Sfax und in der Hauptstadt Tunis versetzten der Diktatur den letzten Stoß. Ben Ali floh am 14. Januar 2011 nach Saudi Arabien. Beim Übergang der Demokratie war die UGTT maßgeblich beteiligt und wurde dafür zusammen mit drei anderen Organisationen 2015 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

ses Programm wären die meisten der Betroffenen auf der Straße gelandet.

Welche Rolle hat die Gewerkschaft dabei gespielt? Die Energieversorgung in Tunesien liegt bei einem öffentlichen Unternehmen. Wir haben mit der Generaldirektion die Maßnahmen ausgehandelt, um die Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig haben wir auch bei Neueinstellungen ein Wort mitzureden. Im Falle von Goulette wurde nach dem Bau der Windparks auch das alte Kraftwerk wieder aufgemacht. Doch zuvor wurde es auf Gas umgestellt.

Ist das Projekt in Goulette einmalig – oder gibt es in Tunesien noch andere Beispiele? Es werden drei weitere Kraftwerke ersetzt und es gibt mehrere Pläne für Wind- und Solaranlagen, vor allem im dünn besiedelten Süden des Landes.

Geht es dabei um die Versorgung des tunesischen Marktes oder auch um den Energieexport Richtung Europa? Erst einmal geht es um die nationale Energieversorgung. Tunesien hat



Der Anbau von Tomaten für den Export verbraucht Unmengen an Wasser

derzeit einen sehr geringen Anteil von gerade mal 4 Prozent an erneuerbaren Energien. Bis 2030 sollen es 30 Prozent sein. In den nächsten Jahren wird mit Hilfe der Weltbank und der Europäischen Union eine Stromtrasse nach Sizilien gebaut. Dann können wir auch für den Export produzieren. Wir haben hier mehr als 3.000 Sonnenstunden pro Jahr. Solarstromproduktion ist billig und der Export rentabel.

Woher soll das Geld für die Investitionen kommen? Die Gelder für neue Anlagen des staatlichen Energieversorgers kommen meist von der Weltbank, von unterschiedlichen Entwicklungsfonds und auch aus Europa. Zum anderen werden auch private Investor_innen eingebunden werden. Mit ihnen werden Verträge ausgehandelt, zu welchen Bedingungen sie den Strom an die staatliche Energieversorgung verkaufen.

Geht Tunesien beim sozial und ökologisch verträglichen Umbau der Landwirtschaft ähnlich

ambitioniert vor? Die Landwirtschaft verbraucht derzeit 70 bis 80 Prozent des Trinkwassers. Deshalb ist es wichtig, Bewässerungsleitungen zu erneuern oder die Bewässerung selbst auf Tröpfchenbewässerung umzustellen. Dabei kommt natürlich die Privatwirtschaft ins Spiel. Die Wasserversorgung als solche ist in Hand öffentlicher Unternehmen, die Landwirtschaft meist in privater Hand.

Muss auch überdacht werden, was angebaut wird? Sicherlich. Tunesien exportiert zum Beispiel Tomaten und Melonen. Deren Anbau braucht große Mengen an Wasser. Allerdings ist dies kein leichtes Thema. Schließlich hängen davon viele Arbeitsplätze ab. Wir müssen einen Weg finden, dort Wasser einzusparen.

Warum stellt man nicht direkt auf Produkte um, die in trockenem Klima ohne Bewässerung auskommen? Es gibt Forschungsgruppen, die sich damit beschäftigen, welche Art von Weizen zum Beispiel weniger Wasser braucht. Nicht zuletzt auch deshalb, weil wir selbst in Rekordertejahren fast ein Drittel des Weizens einführen müssen.

Die Gewerkschaft ist an all diesen Planungen direkt beteiligt? Ja, die UGTT hat in den Aufsichtsräten der öffentlichen Unternehmen Ver-

treter sitzen. Wir koordinieren unsere Politik in den unterschiedlichen Aufsichtsräten, um so einen globalen, sozial gerechten Umbau voranzutreiben. Und wir haben relativ viel zu sagen. Denn wenn etwas nicht so läuft, wie wir es wollen, haben wir immer noch unsere Mitglieder und können Druck ausüben und im Extremfall gar zum Streik rufen.

Der Interviewte: Mansour Cherni (66) ist Koordinator von acht Gewerkschaften aus dem Öffentlichen Dienst, Dienstleistungsgewerbe, Wasser- und Energieversorgung.

Er sitzt im Vorstand des tunesischen Gewerkschaftsverbandes Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT).
Autor: Reiner Wandler lebt als Auslandskorrespondent in Madrid und bereist regelmäßig die Maghrebstaaten, um von dort zu berichten.



Foto: privat



Fotos: Knut Henkel

Die peruanische Gewerkschafterin und Klimaexpertin Ibis Fernández sagt: »Wir sind es, die die Zeche zahlen.« Denn: Peru stößt wenig CO₂ aus, dortige Gletscher schmelzen dennoch

Der Klimawandel ist spürbar

Peru gehört mit Bolivien und Honduras zu den drei Ländern Lateinamerikas, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Weil sich die Regierung in Lima schwer tut, macht der Gewerkschaftsdachverband CGTP Druck von unten.

Für Ibis Fernández weisen die ersten Novembertage in Lima in die falsche Richtung. »Wir haben Frühling, aber Temperaturen, die wir normalerweise erst im Hochsommer erreichen«, sagt sie. »Das bedeutet, dass unsere Gletscher ins Schwitzen kommen.« Die 55-jährige Fernández ist Klimaexpertin der CGTP, des größten Gewerkschaftsdachverbandes in Peru. Der hat seinen Sitz im stickigen Zentrum von Lima. In der peruanischen Hauptstadt sind die Risiken des Klimawandels meist kein Thema. Dabei liegt die 10-Millionen-Metropole mitten in der Wüste; umgeben von gräulich-beigen Sandflächen, ist sie vom Wasserzufluss aus den Anden abhängig. Wassermanagement ist folgerichtig eine

der zentralen Herausforderungen für die Zukunft.

»Doch bis 2014 war das kaum ein Thema. Erst mit der damals in Lima stattfindenden UN-Klimakonferenz sind die negativen Effekte des Klimawandels für einige NGOs und bei uns in der CGTP zum Thema geworden«, erklärt Fernández. Nur für die Politik spiele das Thema Klimawandel und dessen Folgen, unter denen die Andenbauern leiden, nur eine untergeordnete Rolle.

Das soll sich ändern, deshalb ist die CGTP regelmäßig dabei, wenn es Demonstrationen für das Klima gibt wie am 20. September, dem ersten weltweiten Klimastreiktag. Da wurde auch in Lima marschiert, wenige Tage, bevor Präsident Martín Vizcarra das Parlament auflöste und Neuwahlen für Januar 2020 ankündigte.

Die sind derzeit das alles überlagernde Thema. »Die zentrale Frage lautet: Wie geht es weiter in Peru? Was die Klimakonferenz in Madrid bringt, ist nur für Spezialisten ein Thema«, sagt Fernández. Sie ist im Austausch mit dem Umweltministerium, mit Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie CooperAcción, mit Parlamentariern wie Marco Arana von der linken Frente Amplio. Und sie hofft, dass zumindest eine kleine peruanische Delegation nach Madrid reisen wird. »Nach Chile wären es deutlich mehr gewesen.«

Wie nachrangig das Thema Klimawandel in Peru derzeit angesiedelt ist, zeigt auch der Fall von Saúl Luciano Lliuya. Dessen spektakuläre Klage gegen den deutschen Energiekonzern RWE als einem der Verursacher der klimawandelbedingten Gletscherschmelze in Huaraz, ist in Lima kaum bekannt, obwohl sie durchaus Chancen auf Erfolg hat. Grundsätzlich hat das Gericht im fernen Deutschland entschieden, dass Klimaschäden eine Unternehmenshaftung begründen können.

Das ist auch für Fernández eine Überraschung: »Ich hatte keine Ahnung, dass der Pro-

zess so weit fortgeschritten ist, dass Gutachter nach Huaraz kommen werden. Das ist für uns aber ein Ansatzpunkt, um aktiv zu werden«, meint sie. Ziel der Begutachtung im Rahmen der Beweisaufnahme ist, sich vor Ort ein Bild zu machen, wie gefährdet die Bevölkerung bei einem Dammbbruch der Lagune Palcacocha ist. Die liegt weit über der 150.000-Einwohner-Stadt und könnte sie überfluten. Das ist schon einmal vorgekommen und die Klage von Luciano hat zum Ziel, RWE an den Kosten für die Verstärkung der Dämme zu beteiligen.

Für Fernández ist das ein Thema, das die CGTP auf die Straße bringen könnte. »Schließlich sind wir es, die die Zeche zahlen, denn die CO₂-Emissionen Perus sind gering«, meint sie. »Für uns sind Themen mit einem lokalen Bezug extrem wichtig, um unsere rund drei Millionen Mitglieder zu sensibilisieren.«


Mit den Plastiktüten sei das bereits »ganz gut gelungen«. 2018 waren Gewerkschaften, Umweltministerium und lokale Regierungen gemeinsam aktiv geworden. »Seit dem 5. Dezember des vergangenen Jahres bekommen Sie nicht mehr wie früher automatisch eine Plastiktüte im Supermarkt in die Hand gedrückt. Sie kostet nun 30 Centavos«, erklärt Fernández.

Ein kleiner Fortschritt, für den sich die ehemalige Verwaltungsangestellte im Netzwerk »Peru: Umwelt und Klima« engagiert hat. Dort wird derzeit eine Informations- und Netzwerkveranstaltung für den 20. November vorbereitet. »So wollen wir auf die Klimakonferenz in Madrid aufmerksam machen, uns aber auch selbst vorbereiten und besser vernetzen. Da könnte ich gleich auf die Klage und auf die anstehenden Gutachtertermine in Huaraz hinweisen. So ein Thema darf uns einfach nicht durch die Finger flutschen«, sagt sie und macht sich eine Notiz im digitalen Kalender.

 Autor: Knut Henkel ist freier Journalist, er lebt in Hamburg. Diesen Text recherchierte er in Peru.

Klimagipfel

Auf dem Klimagipfel bei der UN-Generalversammlung im September 2019 hat Peru gemeinsam mit Spanien als Partner der ILO eine »Climate Action for Jobs«-Initiative vorgestellt. Sie zielt darauf ab, die Schaffung von guter Arbeit und den Erhalt der Existenzgrundlagen in den Mittelpunkt der Nationalen Klima-Aktionspläne zu stellen. Begründung: 1,2 Milliarden oder 40 Prozent aller Jobs weltweit hängen von einer intakten und stabilen Umwelt ab.

 <https://www.un.org/sustainabledevelopment/blog/2019/09/un-sg-jobs-initiative/>

Die Last der schlechten Tradition

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit gehen in Mexiko nicht so richtig zusammen. Das liegt auch daran, dass viele große Gewerkschaften noch aus einer Zeit stammen, in denen sie Teil eines korrupten und klientelistischen Systems waren. Oppositionelle kleinere streiten dagegen an der Seite der indigenen Bevölkerung

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador sieht keinen Grund zur Sorge. Auf keinen Fall werde er den Klimanotstand ausrufen. Viel wichtiger sei es, die Natur zu regenerieren, Wälder wieder aufzuforsten und das Wasser nicht weiter zu verschmutzen. Und da sei er mit der Arbeit seiner Regierung sehr zufrieden, sagt der Staatschef und verweist auf das Programm »Sembrando Vida« – »Leben säen«. Damit ist für ihn auch die Debatte über einen sozial verträglichen Übergang in eine klimafreundlichere Zukunft beendet, während »Fridays for Future«-Aktivist_innen vor den Türen des Nationalpalast demonstrieren.

Nach eigener Darstellung will López Obrador, der das Amt im Dezember 2018 übernommen hat, mit »Sembrando Vida« wirtschaftliche Entwicklung und eine klimafreundlichere Umweltpolitik verbinden. Wer ländliche Regionen bewohnt – insbesondere indigene Gemeinden –, erhält Finanzhilfen für nachhaltige Land- und Forstwirtschaft für den lokalen Markt. Dabei werden sie von Tausenden jungen Leuten unterstützt, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. »So werden wir eine Million Hektar Wald wiederaufforsten«, verspricht die Webseite des Projekts. Allein 2019 hätten sich 230.000 Menschen beteiligt, erklärte der Staatschef und wird nicht müde, sein zentrales Motto zu wiederholen: »Zuerst die Armen.« Ländliche Regionen durch Transferzahlungen an Kleinbauern zu unterstützen, hat in Mexiko eine lange Tradition.

Früher hätten davon jedoch vor allem agrarindustrielle Unternehmen profitiert, sagt der Klima- und Umweltpolizist Raúl Benet. Das Ergebnis: zerstörte Wälder, Monokultur und Massentierhaltung. »Das hat signifikant zur Emission von Treibhausgas beigetragen«, so Benet, der Biologe ist und auch für die Umweltorganisation Greenpeace arbeitet. Rechte von Indigenen und anderen Kleinbauern seien dabei missachtet, Migration forciert worden. »Sembrando Vida« setze dagegen auf örtliche Verwurzelung und kleinbäuerliche Produktion. »Ein guter Umgang mit dem Boden ist ein positiver Beitrag gegen den Klimawandel.«

Die indigenen zapatistischen Rebell_innen halten das Programm dagegen für gefährlich. Es



Foto: IFC Infrastructure (CC BY-NC 2.0)

Von einem sozial verträglichen Übergang kann nicht die Rede sein: Selbst Windparks wie diese sind in Mexiko umstritten

führe zu Korruption und spalte Gemeinden, befürchtet Sprecher Subcomandante Galeano. Da es bislang keine effektive Kontrolle gibt, ist die Gefahr tatsächlich groß, dass Gelder veruntreut werden.

Vor allem aber könnte das Programm benutzt werden, um in der ländlichen Bevölkerung Zustimmung für klimaschädliche Großprojekte zu erkaufen. Denn während der frühere konservative Staatschef Enrique Peña Nieto mit einem Klimawandel-Gesetz den mexikanischen Beitrag zum Pariser Abkommen absichern wollte, hält

Es gibt blutige Konflikte zwischen Befürwortern und Gegnern des Bergbaus.


López Obrador an fossilen Brennstoffen fest. Er will die marode Infrastruktur des teilprivatisierten Erdölunternehmens Pemex auf Vordermann bringen und eine neue Raffinerie bauen, obwohl die mexikanische Ölförderung zu den umweltschädlichsten weltweit zählt. Und obwohl die schlechten Arbeitsbedingungen auf den Plattformen und in den Raffinerien schon für viele Tote gesorgt haben.

Die Ölarbeitenden-Gewerkschaft STPRM unterstützt das Vorhaben. Sie will Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Dem ordnet sie alles unter. Die großen Gewerkschaften sind noch immer geprägt von dem über 70 Jahre herrschenden System der Einheitspartei PRI, in dem Unternehmer_innen, Politik, Militär und auch Bauern- und Arbeitervertretungen korrupt und klientelistisch kooperiert haben. Nur einige oppositionelle Gewerkschaften, die innerhalb der großen Verbände

agieren, widersetzen sich mit einer gesamtpolitischen Agenda diesem Konzept.

Ein Beispiel ist die kampfstärke linke Lehrendengewerkschaft Sección 22 im Bundesstaat Oaxaca. Gemeinsam mit anderen linken Organisationen und indigenen Gemeinden kämpft sie dagegen, dass weiter Bergbau betrieben wird. Die Regierung vergibt derzeit zwar keine neuen Konzessionen, doch an den etwa 25.000 bestehenden will sie nicht rütteln. Dabei treiben die Minen nicht nur die globale Erwärmung an. Es gibt auch blutige Konflikte zwischen denen, die von dem Abbau profitieren, und jenen, die ihn ablehnen. Vor allem aber zerstört der offene Tagebau die natürlichen Lebensgrundlagen: Böden werden verunreinigt, Wasserquellen vergiftet, Ackerland wird vernichtet.

Auch wo Alternativen umgesetzt werden, kann von einem sozial verträglichen Übergang nicht die Rede sein. Etwa in der Windenergie. 45.000 Arbeitsplätze sollen in diesem Bereich geschaffen werden. Doch im südlichen Isthmus von Tehuantepec, wo die meisten der Windparks entstanden sind, sind sie umstritten. Entgegen ihrem international verbrieften Recht seien sie nie gefragt worden, ob sie mit dem Bau der Anlagen auf ihrem Boden einverstanden sind, kritisieren indigene Kleinbauernorganisationen. Vom versprochenen Fortschritt – Schulen, Krankenhäuser und Arbeitsplätze – sei nichts zu sehen. »Diese neue Form der ›Entwicklung‹, so erklären sie, »bedeutet den Tod unserer Kultur, stellt Kapitalinteressen über unsere Rechte und zerstört das soziale Geflecht unserer Gemeinden«.

 Autor: Wolf-Dieter Vogel lebt als Journalist in Oaxaca und berichtet seit mehr als 20 Jahren aus Mexiko und Mittelamerika.

»Frau Merkel, wir brauchen endlich ein Lieferkettengesetz!«

Unternehmen müssen für unverantwortliche Geschäftspraktiken auch bei ihren Zulieferern haftbar gemacht werden, Das fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeinsam mit rund 60 Organisationen. Die Kampagne läuft.

Es sind Missverhältnisse wie dieses, die Frank Zach aus dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht mehr hinnehmen will: Vom Verkaufspreis für Assam-Tee in den deutschen Geschäften kommen bei Arbeitenden in Indien nur 1,4 Prozent an – das sind etwa bei einer 3-Euro-Packung magere vier Cent. Das Gros des Geldes bleibt bei den deutschen Lebensmittelhändlern, bei Aldi, Edeka, Lidl oder Rewe, und bei Teeunternehmen wie Ostfriesische Teegesellschaft und Teekanne: gut 86 Prozent. Den Rest bekommen Zwischenhändler und Plantagenbesitzer. Die Hilfsorganisation Oxfam hat auf 50 Plantagen in Assam 510 Arbeitende befragt und Daten zu den Lieferbeziehungen nach Deutschland analysieren lassen. Die Ergebnisse hat sie in der Studie »Schwarzer Tee, weiße Weste« zusammengestellt.

Die Arbeitenden in Assam verdienen pro Tag nur zwischen 137 und 170 indische Rupien, umgerechnet 1,73 bis 2,14 Euro. »Das ist weniger als die Hälfte dessen, was in Assam für ein menschenwürdiges Leben notwendig wäre, also einem existenzsichernden Lohn entspräche«, sagt Zach. Die Profitgier der Unternehmen werde größer, die demokratischen Spielräume für erwerbstätige Menschen schrumpften. Das gehe aus dem Globalen Rechtsindex 2018 des Internationalen Gewerkschaftsbundes, IGB, hervor.

Andere Länder sind weiter

Großbritannien hat 2015 den »Modern Slavery Act« eingeführt. Seither müssen Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 36 Millionen Pfund jedes Jahr offenlegen, was sie unternommen haben, um gegen Menschenhandel und Sklaverei in ihrer gesamten Lieferkette vorzugehen. Zu Gegenmaßnahmen sind die Unternehmen allerdings nicht verpflichtet. Es geht allein um Transparenz. Anders in Frankreich: Dort sind große Unternehmen seit 2017 durch das »Loi de Vigilance« zur Einhaltung von umfassenden menschenrechtlichen Standards verpflichtet.

In 123 von 142 untersuchten Ländern wurden demnach Streiks erheblich eingeschränkt. Ein Jahr zuvor war das in 116 von 139 Ländern der Fall.

Der DGB habe darum zusammen mit mehr als 60 anderen Organisationen – darunter außer Oxfam zum Beispiel das katholische Hilfswerk Misereor und der Umweltverband BUND – die Kampagne für ein Lieferkettengesetz gestartet, erklärt Zach.

Deutsche Unternehmen sorgen nicht ausreichend dafür, dass entlang der Lieferketten die Menschenrechte und grundlegende Umweltstan-

gen, eine Risikoanalyse machen, um die Auswirkungen auf Menschenrechte, auf Belange der Beschäftigten und auf die Umwelt zu ermitteln. Zweitens: Sie müssten fortan gegensteuern und öffentlich machen, wie gut sie dabei sind. Drittens: Sollten sie sich weigern, die Berichte zu liefern, gebe es Bußgelder oder sie würden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen. Treten Schäden auf, weil Unternehmen den Sorgfaltspflichten nicht nachkommen, könnten Betroffene ihr Recht vor deutschen Gerichten einfordern.

»Verantwortlich handelnde Unternehmen haben gar nichts zu fürchten«, meint Zach. Firmen wie der Konsumgüterriese Tchibo oder Kik hätten sich schon dafür ausgesprochen, auch der Autokonzern Daimler habe keine Probleme mit einem solchen Gesetz. Gelten soll es für Unter-



Foto: Roanna Rahman/Oxfam, India

Verdient pro Tag keine 2,15 Euro: Teeplückerin in Assam

dards eingehalten werden. Beispiele dafür listen die Organisationen auf der neuen Kampagnen-Webseite auf: 258 Menschen starben, weil der Brandschutz in einer Zulieferfabrik des Textildiscounters Kik in Pakistan mangelhaft war. 246 Menschen kamen ums Leben, weil in einer brasilianischen Erzmine ein Damm brach, obwohl der TÜV Süd Brasilien kurz zuvor noch zertifiziert hatte, dass dieser sicher sei.

Die Kampagnen-Leute rufen dazu auf, eine Petition zu unterzeichnen: »Frau Merkel, wir brauchen endlich ein Lieferkettengesetz!«. Mehr als 75.000 Menschen haben bereits mitgemacht.

Entsprechend den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen müsse ein Lieferkettengesetz drei Punkte beinhalten, um wirksam zu sein, sagt Zach. Erstens müssten alle großen Unternehmen, die in Deutschland ansässig sind oder Geschäfte täti-

nehmen mit mindestens 250 Mitarbeitenden, einem Jahresumsatz von mehr als 40 Millionen Euro oder einer Bilanzsumme von mehr als 20 Millionen Euro. Kleinere Firmen wären nur dann betroffen, wenn ihre Haupttätigkeit in einem Risikosektor liegt, sie beispielsweise zur Textil- oder Automobilbranche gehören.

Freiwilligkeit helfe nicht, so der Gewerkschafter weiter. Denn Unternehmen, die soziale und ökologische Standards in Verträgen festlegten, konkurrierten dann mit jenen, die sich um jede Verantwortung drücken und ihre Mitarbeitenden oder die Umwelt ausbeuten – und wären aufgrund ihrer höheren Preise benachteiligt. Zach und seine Mitstreitenden wollen als nächstes mit Bundestagsabgeordneten über das Lieferkettengesetz reden, das aus ihrer Sicht spätestens 2022 in Kraft treten sollte.

 Autorin: Hanna Gersmann

Katar beendet Kafala-System



Foto: IDWF

Migrantische Arbeiterinnen protestieren 2014 gegen das Kafala-System

Katar hat Reformen seines Arbeitsmarktes angekündigt, um das Kafala-System zu beenden und Rechte von Wanderarbeitnehmenden besser zu wahren. Beschäftigte sollen ihren Arbeitgeber frei wechseln können – bislang war dafür eine Unbedenklichkeitserklärung des aktuellen Arbeitgebers nötig. Zudem sollen Hausangestellte, Arbeitnehmende in staatlichen und öffentlichen Einrichtungen, auf See und in der Landwirtschaft sowie Gelegenheitsarbeitskräfte ausreisen dürfen, ohne dafür eine Genehmigung des Arbeitgebers vorweisen zu müssen. Darüber hinaus will der Minister eine flächendeckende, diskriminierungsfreie Mindestlohn einführen, der im Nahen Osten bisher einmalig ist. Die Reformen sind Teil des 2017 unterzeichneten Kooperationsabkommens zwischen dem Ministerium für Verwaltungsentwicklung, Arbeit und Soziales und der ILO.

https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_724052/lang-en/index.htm

Indien vorerst gegen Freihandelspakt

Es sei »ein großer Gewinn für Arbeiter, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft«, sagt Raman Kannan, Gewerkschafter in Indien. Indiens Regierungschef Narendra Modi hat dem größten Freihandelspakt im asiatisch-pazifischen Raum dem RCEP, vorerst eine Absage erteilt. Der Freihandelspakt unter der Führung von China würde ein Drittel des Welthandels einschließen. Die anderen 15 Länder, die an den Gesprächen teilnehmen, haben sich verständigt, das Abkommen 2020 zu unterzeichnen. Neben China sind das Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland sowie die zehn Asean-Länder Indonesien, Malaysia, Thailand, die Philippinen, Vietnam, Myanmar, Brunei, Laos, Kambodscha und Singapur. Sie verhandeln auch noch weiter mit Indien. Dort waren die Gewerkschaften davor, dass Jobs gestrichen werden könnten, wenn RCEP kommt. Sie werden den Protest aufrechterhalten.

Die Argumente der Gewerkschaften:

https://www.ituc-csi.org › IMG › pptx › aelf11_psi

Trippelschritte beim Binding Treaty

Mit der schon fünften Verhandlungsrunde ist ein verbindliches Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte im Oktober in Genf ein winziges Stück näher gerückt. Knapp 60 Staaten und über hundert Vertreter_innen der Zivilgesellschaft diskutierten den erneut überarbeiteten Vertragsentwurf zu einem Globalen Abkommen auf UN-Ebene. Das Neue: Während die EU zuletzt noch eine Teilnahme ablehnte, hat sie ihre Position diesmal aktiv eingebracht. Auch einige Mitgliedstaaten wie Spanien und Frankreich haben Unterstützung für den UN-Prozess bekundet. Die Bundesregierung schickte, wie schon in den Vorjahren, nur Beobachtende. Nach dem jetzigen Entwurf sollen Sorgfaltspflichten nicht nur für transnationale, sondern für alle Geschäfte gelten. Der Vorrang von Menschenrechten vor Handels- und Investitionsabkommen findet sich darin aber ebenso wenig wie die Gründung eines internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte und transnationale Konzerne.

Immer aktuelle News: <https://www.business-humanrights.org/en/binding-treaty/latest-news-on-proposed-binding-treaty>

Austausch mit internationalen Partnern

Was heißt die Digitalisierung in der Arbeitswelt für die Bildungsarbeit? Darüber haben sich 32 Teilnehmende aus aller Welt bei der zweiten internationalen Partnerkonferenz des DGB Bildungswerks BUND zu gewerkschaftlicher Bildungsarbeit in Hattingen informiert, die vom 30. Oktober bis zum 2. November 2019 in Hattingen stattfand. Neben dem thematischen Schwerpunkt standen Methoden der Bildungsarbeit im Vordergrund. Anhand von vier Szenarien zu Digitalisierung und Mitbestimmung, die das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der



Hans-Böckler-Stiftung entwickelt hat, konnten die Teilnehmenden erfahren, in welchen Utopien beziehungsweise Dystopien sie sich derzeit befinden – und herausarbeiten, wo sie sich in Zukunft sehen möchten. Im Barcamp tauschten sie Ideen und Lösungen für ihre Fragen zum Amazonasgebiet, Organizing von jungen Menschen, Klimaschutz, Frauen in Gewerkschaften, Freihandelsabkommen und anderen Themen aus.

Seminarangebot: <https://www.dgb-bildungswerk.de/politische-bildung/bildungsprogramm>

Filmtipp: Bamboo Stories

Schwer zu glauben, dass die Geschichte der Bambusfäller heute spielt. Seit Generationen ernten ihre Familien während des trockenen Hochsommers im Nordosten Bangladeschs Bambusstämme. 25.000 Stück, die sie zu Flößen zusammensetzen und über den Fluss in die Hauptstadt Dhaka bringen. Einen Monat werden sie unterwegs sein, 300 Kilometer überwinden, durch Regen, Hitze, den Regenwald, über Stromschnellen, jeden Moment können Blutegel zu-schlagen, Diebe, Piraten oder auch böse Geister. Die Männer haben keine Wahl, es geht um ihre Existenz. Überall dabei ist Dokumentarfilmer Shaheen Dill-Riaz und fragt: Warum nehmen die Männer die schlechte Bezahlung, die Schwierigkeiten und die Gefahren auf sich? Und warum würden sie trotzdem niemals tauschen?



Foto: @Mayaok

Die Bambusfäller beim Floßbau

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff und Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND
Nord | Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

